

Neudruck

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der FDP-Fraktion

Brandenburg braucht eine Open-Government-Data-Strategie

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum Ende des Jahres 2013 eine Open-Government-Data-Strategie vorzulegen. Diese soll insbesondere folgende Punkte umfassen:
 - a. Erfassung der bestehenden Open-Government-Data-Angebote des Landes sowie der Kommunen,
 - b. Darstellung des wirtschaftlichen Potenzials von Open-Government-Data-Angeboten,
 - c. Definition der Standards, die technisch bei der Fortentwicklung im Bereich Open-Government-Data in Brandenburg zu Grunde zu legen sind.
 - d. Eine Zeitleiste für die weitere Umsetzung auf Landesebene.
2. Bei der Erarbeitung der Strategie sind die Kommunalen Spitzenverbände, die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, Vertreter der Zivilgesellschaft, wie z.B. Wikimedia bzw. Knowledge Foundation, sowie die zuständigen Ausschüsse des Landtages frühzeitig einzubinden.

Begründung:

Auf der CEBIT 2013 wurde jüngst ein Prototyp eines Open-Government-Data-Portals von Bund und Ländern vorgestellt. Der Regelbetrieb ist derzeit für 2015 geplant.

Auch andere Bundesländer haben bereits die Möglichkeiten von Open-Government-Data-Portalen erkannt. So verfügen Bayern, Baden-Württemberg, Berlin sowie Bremen jeweils über ein Landesportal. Zuletzt wurde auf der CEBIT 2013 das Landesportal von Rheinland-Pfalz freigeschaltet. Das Transparenzgesetz in Hamburg verfolgt den derzeit am weitestgehenden Ansatz im Bereich Open-Government-Data.

Brandenburg beteiligt sich an den Arbeitsgruppen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft sowie seinen Unterarbeitsgruppen. Über eine Open-Government-Data-Strategie verfügt es derzeit aber nicht. Bei der Beantwortung einer kleinen Anfrage zum Thema stellte die Landesregierung vielmehr klar: „Zum jetzigen Zeitpunkt isolierte strategische Überlegungen auf Landesseite abseits der dargelegten Entwicklungen (sind) nicht angezeigt“ (KA 5/6820, S.2).

Durch das Land werden zwar fortlaufend Daten im Internet auf der Domain „brandenburg.de“ veröffentlicht, diese entsprechen aber nicht den Open Data Anforderungen. Echte Open Data Bereiche finden sich etwa bei der Veröffentlichung von Geodaten. Auch eine Vielzahl von Kommunen in Brandenburg stellen Angebote für den Bürger im Internet bereit. Eine umfassende Gesamtübersicht über das Web-Angebot der Landesregierung liegt in diesem Zusammenhang bislang aber nicht vor.

Schon 2011 bezeichnete die EU-Kommission die Nutzung öffentlicher Daten als Goldmine bei der Vorstellung der Strategie für offene Daten in Europa. Es wurde ein Wachstumsschub von 40 Milliarden Euro pro Jahr für die EU-Wirtschaft prognostiziert. Der Bereich Open Government Data stellt so auch ein Wachstumspotenzial für die märkische Wirtschaft dar.

Zur Schaffung von Akzeptanz und somit der Sicherstellung eines nachhaltigen Erfolges von Open Government in Brandenburg bedarf es außerdem einer frühzeitigen politischen Unterstützung auf allen Ebenen.

Diese Tatsachen machen deutlich, dass sich der Landtag und die Landesregierung aktiv für die Fortentwicklung und Vereinheitlichung von Angeboten des Landes und der Kommunen einsetzen sollten. Aus diesem Grund ist es schon zum jetzigen Zeitpunkt notwendig, eine eigene Open-Government-Data-Strategie für Brandenburg zu formulieren, um diese als Grundlage für breite Diskussionen über Herausforderungen und Möglichkeiten von Open Government Data sowohl in der Verwaltung, in der Wirtschaft als auch im Dialog mit den Brandenburgern voranzutreiben.

Marie-Luise von Halem
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Andreas Büttner
der FDP-Fraktion